

Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss

Es informiert Sie
Telefon (0202)
Fax (0202)
E-Mail

Norbert Korte
563 25 41
563 80 38
Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de

Datum

24.07.02

Niederschrift über die öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.06.2001

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Karl-Friedrich Kühme

von der CDU-Fraktion

Herr Horst-Emil Ellinghaus
Herr Ralf Geisendörfer
Herr Arno Gerlach

von der SPD-Fraktion

Frau Helga Güster
Herr Andreas Mucke
Herr Paul Yves Ramette
Frau Winkels-Haupt

ab 16.30 Uhr, TOP 2

von der FDP-Fraktion

Frau Brigitte Panetta-Jung

berat. Mitglied § 58 I GO NRW für Bündnis 90/Grüne

Frau Petra Bill

von den Wohlfahrts- u. Jugendverbänden

Herr Eckhard Arens
Herr Karl Heinz Blind
Frau Barbara Dudda-Dillbohner
Frau Anneliese Füssel
Herr Thomas Römer
Herr Günter Schmalenbeck
Herr Günter Schwarz

Caritasverband
Diakonie Elberfeld
Arbeitwohlfahrt
Jugendring
Caritasverband
Jugendring
“

als ber. Mitglieder gem. Satzung des Jugendamtes

Herr Lorenz Bahr
Herr Reinhard Fliege

DPWV
Deutsches Rotes Kreuz
Jüdische Kultusgemeinde

Frau Janina Fouxmann
(bis 17.39 Uhr, Ende öffentl. Teil)

Herr Beig. Dr. Stefan Kühn
Herr Hartmut Kumpf
Herr Thomas Lenz
Frau Ursula Reichert
Frau Regine Richling

GB-Leiter Soziales, Jugend u. Gesundheit
Evang. Kirche
Ressortleiter Jugendamt u. Soziale Dienste
Schulen
Sachkundige Bürgerin

Ausländerbeirat

Herr Frederick Mann

als Vertreter/innen der Bezirksjugendräte

Steffen Ruf
Anika Thielmann

Vertreter/innen der Verwaltung

Frau Fredericke Krentz
Herr Peter Krieg
Frau Scheer
Frau Christine Schmidt
Herr Klaus-Peter Stein
Frau Cornelia Weidenbruch

R. 201.0 – FB Kinder- u. Jugendhilfe
SB 208 – Jugend & Freizeit
SB 207.3 – Familienbildungsstätte
R. 201 – Jugendhilfeplanung
Ausländerbeauftragter
SB 202 – Tageseinrichtungen für Kinder

Schriftführer: Norbert Korte

Beginn: 16.05 Uhr
Ende: 18:11 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Anliegen der Bezirksjugendräte

Bezirksjugendrat **Steffen Ruf** äußert sich enttäuscht darüber, dass der Landtag nicht die Absicht hat, den kommunalen Jugendräten über eine Änderung der Gemeindeordnung ein Beteiligungsrecht an der politischen Willensbildung einzuräumen. Er appelliert deshalb an die Fraktionen, sich nunmehr für eine entsprechende Regelung in der städtischen Hauptsatzung einzusetzen.

Herr Dr. Kühn bestätigt, dass sich der Städtetag gegen eine gesetzliche Verankerung von Beteiligungsrechten der kommunalen Jugendräte ausgesprochen hat.

Herr Krieg teilt mit, dass das Rechtsamt eine Regelung zur Beteiligung der Bezirksjugendräte in der Hauptsatzung für rechtlich möglich hält.

2 Stärkere Einbindung der Bezirksjugendräte Vorlage: VO/0216/01

Siehe Protokoll zu TOP 1 – Anliegen der Bezirksjugendräte.

Frau Panetta-Jung verzichtet auf eine weitere Diskussion zum Antrag ihrer Fraktion.

3	Jahresbericht 2000	Vorlage: VO/0185/01
3.1	Stand der Kinderfreundlichkeitsprüfung	
3.2	Spielgeräte in der Innenstadt	

Frau Güster kritisiert, dass bei der Kinderfreundlichkeitsprüfung die Ampel auf rot steht. Sie sieht darin eine Missachtung der Kinderrechte und des Ausschusses.

Herr Mucke vermisst eine Aussage zur Gemeinschaftsaufgabe Umweltschutz.

Herr Dr. Kühn erläutert, dass sich das Managementteam Bürger- und Kundenfreundlichkeit mit dem Thema Kinderfreundlichkeitsprüfung wegen der Fülle der Aufgaben kurzfristig nicht befassen kann. Im Verwaltungsvorstand habe man sich aber darauf verständigt, dass dieses ganz wichtige Thema im nächsten Jahr vom Managementteam behandelt wird.

Herr Mucke und **Frau Bill** sind mit dieser Aussage nicht zufrieden. Frau Bill fühlt sich als Politikerin entmündigt. Sie beantragt, die Gemeinschaftsaufgabe Umweltschutz wieder mit in den Geschäftsbericht aufzunehmen.

Das Thema Umweltschutz sei ganz bewusst nicht in den Jahresbericht der beiden Geschäftsbereiche 2.1 + 2.2 aufgenommen worden. Als Gemeinschaftsaufgabe für die gesamte Verwaltung werde es im Geschäftsbericht des Unternehmens behandelt.

Der **Vorsitzende** bittet Herrn Dr. Kühn, die im Ausschuss geäußerte Kritik im Verwaltungsvorstand anzusprechen.

Herr Dr. Kühn antwortet noch auf eine Frage von **Frau Bill** zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die in der letzten Sitzung im Februar geführten Beratungen. Die Abstimmung mit den freien Trägern erfordere weitere intensive Gespräche. Nach der parlamentarischen Sommerpause werde die Verwaltung erneut berichten.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.06.2001:

Der Jahresbericht 2000 wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

zu 3.2) Spielgeräte in der Innenstadt

Herr Krieg berichtet, dass mit Mitteln der Bezirksvertretung Elberfeld an vier Stellen in der Elberfelder Innenstadt Spielpunkte für Kinder eingerichtet worden sind.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Bill und Herr Geisen-dörfer.

4	Möglichkeiten bei Trägerwechsel in Tageseinrichtungen für Kinder	
	Vorlage: VO/0190/01	

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.06.2001:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

5 Kindergarten-Bedarfssituation

5.1 Bericht aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Gerlach berichtet über die Beratungen im Unterausschuss Jugendhilfeplanung. Die vorliegende Verwaltungs-Drucksache VO/0177/01 stelle das Ergebnis dieser intensiven Arbeit dar. Etwa 500 Plätze fielen durch Schließungen weg. Es gebe also einen erheblichen Bedarf, aber das Geld fehle.

5.2 Handlungsprogramm zur bedarfsgerechten Schaffung von Plätzen in Tageseinrichtungen für Kinder 2001 bis 2003 Vorlage: VO/0177/01

An der Diskussion beteiligen sich Herr Schmalenbeck, Herr Mucke und Herr Dr. Kühn.

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass die verwaltungsinternen Überlegungen zum Haushaltsplan-Entwurf 2002/2003 noch nicht abgeschlossen sind. Zur Finanzierung neuer Kindergartenprojekte könne von der Verwaltung deshalb erst nach der parlamentarischen Sommerpause etwas gesagt werden.

Herr Mucke kündigt an, dass seine Fraktion - wie im vergangenen Jahr - zu den Haushaltsplanberatungen wieder die Veranschlagung neuer Kindergartenprojekte vorschlagen wird.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.06.2001:

1. Das Handlungsprogramm zur bedarfsgerechten Schaffung von Plätzen in Tageseinrichtungen für Kinder 2001 bis 2003 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Schaffung von 3 Tageseinrichtungen für Kinder in den Stadtbezirken Elberfeld, Oberbarmen und Heckinghausen wird in die Priorität A aufgenommen.

Einstimmigkeit

5.3 Antrag der Bezirksvertretung Cronenberg zur Umwandlung von Kindergarten- in Hortplätze Vorlage: VO/0231/01

Der **Vorsitzende** und **Herr Gerlach** schließen sich inhaltlich der Forderung der Bezirksvertretung Cronenberg nach mehr Hortplätzen an. Im Hinblick auf die auch in Cronenberg noch fehlenden Kindergartenplätze sehen sie jedoch übereinstimmend vorerst keine Möglichkeit, den Antrag der Bezirksvertretung umzusetzen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.06.2001:

Der Antrag der Bezirksvertretung Cronenberg nach mehr Hortplätzen in Cronenberg wird zur Kenntnis genommen und inhaltlich grundsätzlich unterstützt.

Einstimmigkeit

6 Umwandlung von Gruppen in städt. Tageseinrichtungen für Kinder Vorlage: VO/0206/01

Herr Dr. Kühn zieht den Vorschlag zur Umwandlung einer Tagesstätten- in eine Kindergartengruppe für die Einrichtung Heckinghauser Str. 96 wegen der vielen Anmeldungen zum neuen Kindergartenjahr für die Tagesstättengruppe zurück.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.06.2001:

Der Umwandlung von jeweils einer Kindergarten-Tagesstättengruppe in eine Kindergartengruppe wird vorbehaltlich der Genehmigung des Landesjugendamtes ab 01.08.01 in den folgenden Tageseinrichtungen für Kinder zugestimmt:

Grafenstr. 11

Haarhausen 24 a

Wilhelm-Hedtmann-Str. 15

Einstimmigkeit

7 Förderung von Spielgruppen freier Träger der öffentlichen Jugendhilfe für das Kindergartenjahr 2001/2002 (01.08.2001 bis 30.06.2002)

Vorlage: VO/0169/01

Auf Nachfrage von **Frau Bill** teilt **Frau Weidenbruch** mit, dass es zurzeit 5 Spielgruppen in Cronenberg, Langerfeld und Beyenburg gibt.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.06.2001:

Für die Zeit vom 01.08.2001 bis 30.06.2002 werden bis zu 5 Spielgruppen freier Träger mit einem Zuschuss von monatlich 125,00 DM - ab 01.01.2002 monatlich 64,00 Euro - für jeden tatsächlich belegten Platz finanziell gefördert, soweit keine freien Kindergartenplätze in erreichbarer Nähe zur Verfügung stehen. Die Förderung steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung der Haushaltssatzung 2002/2003. Für die Förderung gelten die als Anlage beigefügten rechtlichen Rahmenbedingungen.

Einstimmigkeit

8 Betriebskostenzuschüsse 2001 an freie Träger der offenen Kinder- und Jugendeinrichtungen **Vorlage: VO/0148/01**

Zur Vorlage äußern sich Frau Richling, Herr Gerlach und Herr Schwarz.

Frau Richling berichtet, dass die Förderrichtlinien vor einigen Wochen überarbeitet worden sind. Die freien Träger würden zum Haushaltsplan-Entwurf 2002/2003 keine Erhöhung der Zuschüsse beantragen.

Herr Schwarz weist darauf hin, dass die Einrichtung Wittensteinstraße nach einem Trägerwechsel in die Zeughausstraße verlegt worden ist.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.06.2001:

Die im Haushaltsplan 2001 vorgesehenen Mittel der "Haushaltsstelle für Einrichtungen der Ganz- und Teil-Offenen-Tür" 4600-717.0000.5 sollen an die freien Träger der offenen Jugendeinrichtung als zweckgebundene Betriebskostenzuschüsse gezahlt werden.

Die Höhe der städtischen Zuschüsse und der von den Trägern zu erbringende Eigenanteil werden entsprechend der als Anlage beigefügten Aufstellung festgesetzt.

Die Zuschüsse sind, sobald der Verwendungszweck gemäß Richtlinien über die Förderung der offenen Jugendarbeit sowie der Jugendverbandsarbeit der Stadt Wuppertal entfallen sollte, jeweils anteilig zurückzuzahlen. Die Vorlage eines ordnungsmäßigen Verwendungsnachweises für das Jahr 2000 ist Voraussetzung für die Bewilligung und Auszahlung.

Einstimmigkeit

**9 Organisationskostenzuschüsse 2001 für anerkannte Jugendorganisationen
Vorlage: VO/0106/01**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.06.2001:

Der Verteilung der Organisationskosten- und Aktivitätenzuschüsse 2001 gemäß Verteilerschlüssel wird zugestimmt.

Einstimmigkeit

**10 Entgeltordnungen des Stadtbetriebs Jugend & Freizeit für die Kulturelle
Jugendbildung und den Materialpool Vorlage: VO/0180/01**

Keine Wortmeldung !

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.06.2001:

Die beigefügten Entgeltordnungen für den Stadtbetrieb Jugend & Freizeit werden beschlossen.

Einstimmigkeit

**11 Honorarordnung für die Familienbildungsstätte der Stadt Wuppertal und die
Volkshochschule Wuppertal Vorlage: VO/0199/01**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.06.2001:

Die beigefügte Honorarordnung für die Familienbildungsstätte der Stadt Wuppertal und die Volkshochschule Wuppertal wird beschlossen

Einstimmigkeit

**12 Wahl von 6 Stadtverordneten als Mitglieder der Konferenz für Volkshoch-
schule und Familienbildungsstätte Vorlage: VO/0213/01**

Der **Vorsitzende** geht davon aus, dass die Besetzung der Konferenz für die Volkshochschule und die Familienbildungsstätte bereits interfraktionell geklärt wurde.

Herr Dr. Kühn erläutert die Mitwirkungsrechte des Jugendhilfeausschusses.

Frau Winkels-Haupt schlägt für ihre Fraktion Herrn Peter Hartwig und als Vertreterin sich selbst vor.

Herr Gerlach benennt für seine Fraktion Herrn Volker Rösener und als Vertreter Herrn Karl-Friedrich Kühme.

Frau Panetta-Jung schlägt für ihre Fraktion Herrn Peter L. Engelmann zur Wahl vor.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.06.2001:

Es wird vorgeschlagen

Herrn Stv. Peter Hartwig SPD-Fraktion
Stellvertreterin: Stv. Gudrun Winkels-Haupt

Herrn Stv. Volker Rösener CDU-Fraktion
Stellvertreter: Stv. Karl-Friedrich Kühme

Herrn Stv. Peter L. Engelmann F.D.P.-Fraktion

zu Mitgliedern der Konferenz für Volkshochschule und Familienbildungsstätte zu wählen.

Einstimmigkeit

13 Berichte

13.1 Kennzahlen der Jugendhilfe - Eckdaten der Hilfe zur Erziehung, Jahresbericht 2000 - VO/0151/01 **Vorlage:**

Herr Dr. Kühn antwortet auf eine Frage von **Herrn Gerlach** zu den Einnahmen und Ausgaben.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.06.2001:

Der vorgelegte Bericht der Kennzahlen der Jugendhilfe - Eckdaten der Hilfe zur Erziehung, Jahresbericht 2000 - wird zur Kenntnis genommen

Einstimmigkeit

13.2 Kennzahlen der Sozialhilfe - Gesamtbericht 2000 - Vorlage: VO/0150/01

An der Diskussion beteiligen sich Frau Winkels-Haupt, Herr Gerlach, Herr Dr. Kühn und Herr Lenz.

Nach Aussage von **Herrn Dr. Kühn** sind in Wuppertal über 2.000 junge Menschen unter 25 Jahre als arbeitslos gemeldet.

Herr Lenz sagt zu, die Altersgruppe der 18 - 24jährigen Hilfeempfänger/innen künftig gesondert auszuweisen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.06.2001:

Der vorgelegte Gesamtbericht 2000 (Eckdaten der Hilfe zum Lebensunterhalt) wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

13.3 Jahresbericht Hilfe zur Arbeit 2000 **Vorlage: VO/0153/01**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.06.2001:

Der vorliegende Bericht wird zur Kenntnis genommen

Einstimmigkeit

13.4 Kennzahlen der Beistandschaft (Eckdaten des Fachbereichs Unterhalt im Ressort 201) - Jahresbericht 2000 und 1.Quartal 2001 - Vorlage: VO/0147/01

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.06.2001:

Die vorgelegten Berichte der Kennzahlen der Beistandschaften, Jahresbericht 2000 und 1. Quartal 2001, werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

13.5 Kennzahlen der Heranziehung -Eckdaten des Fachbereiches Unterhalt, I. Quartal 2001 Vorlage: VO/0149/01

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.06.2001:

Der vorgelegte Bericht der Kennzahlen der Heranziehung (1.Quartal 2001) wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

13.6 Bürgerantrag "Keine Werbung für Tabakwaren auf städt. Werbeflächen" - Stellungnahme der Verwaltung - Vorlage: VO/0229/01

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.06.2001:

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

14 Entgeltordnung für die Familienbildungsstätte der Stadt Wuppertal und die Volkshochschule Wuppertal Vorlage: VO/0198/01

An der Diskussion beteiligen sich Frau Winkels-Haupt, Frau Bill, Frau Güster, Frau Scheer, der Vorsitzende und Herr Dr. Kühn.

Frau Winkels-Haupt und **Frau Bill** befürchten, dass durch die Entgeltanhebung und Streichung von Vergünstigungen für Empfänger/innen von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe das Angebot der Familienbildungsstätte nicht mehr im bisherigen Umfang angenommen wird.

Frau Scheer sagt zu, die Auswirkungen der Entgelterhöhung auf die Akzeptanz des Kursangebotes der Familienbildungsstätte kritisch zu beobachten und den Jugendhilfeausschuss zur gegebenen Zeit entsprechend zu informieren.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.06.2001:

Der gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW getroffenen Dringlichkeitsentscheidung zu der als Anlage beigefügten Entgeltordnung für die Familienbildungsstätte der Stadt Wuppertal und die Volkshochschule Wuppertal wird zugestimmt

Einstimmigkeit

15 **Anfrage des Jugendrings Wuppertal zur Ablehnung des Antrages des Ronsdorfer Rockprojektes durch den Sozial- und Gesundheitsausschuss**
Vorlage: VO/0235/01/A

Herr Schwarz begründet die Anfrage für den Jugendring. Er äußert den Verdacht, dass der Jugendhilfeausschuss bei der Entscheidung über die Förderung der Projekte aus den vom Land bereitgestellten Mitteln „Kommunen gegen Rechtsextremismus“ bewusst übergangen worden ist.

Herr Dr. Kühn erläutert das Prüfungsverfahren. Die Verwaltung habe die Förderung des Rockprojektes empfohlen. Für den Sozial- und Gesundheitsausschuss sei aber von dem fachübergreifend besetzten Projektteam eine andere Entscheidung vorbereitet worden.

Herr Mucke, Mitglied dieses Teams, sieht sich nicht befugt, über die Beratungen dieses nichtöffentlich tagenden Teams hier im Ausschuss zu berichten.

Herr Schmalenbeck beantragt, die weitere Diskussion im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu führen.

Herr Dr. Kühn äußert sich auf Nachfrage von **Herrn Gerlach** zu den Zuteilungs- und Vergabekriterien des Landes. Jede Kommune erhalte pro Einwohner 1,-- DM, für Wuppertal 372.000 DM. Die Entscheidung über die Vergabe der Mittel trafen die Kommunen alleine. Es müsse nur sichergestellt sein, dass die Maßnahmen bzw. Initiativen bis Ende 2001 abgeschlossen sind. In interfraktionellen Gesprächen habe man sich darauf verständigt, den Sozial- und Gesundheitsausschuss mit der abschließenden Entscheidung über die Mittelvergabe zu betrauen.

Herr Schwarz bekräftigt seine Auffassung, dass der Jugendhilfeausschuss an der Vergabe der Mittel beteiligt sein muss.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich Herr Schmalenbeck, Frau Richling, Herr Gerlach, Herr Mucke, Frau Bill, Frau Panetta-Jung, Herr Dr. Kühn und der Vorsitzende.

Frau Dudda-Dillbohner schlägt vor, einen Vertreter des Jugendrings mit in das Projektteam aufzunehmen.

Herr Mann kritisiert, dass der Ausländerbeirat bei der Vergabe der Mittel nicht in ausreichender Weise beteiligt worden ist.

Die Fraktionen sind sich einig, über die Vergabe der restlichen Fördermittel noch einmal intern zu beraten.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 19.06.2001:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit der Jugendring an den Entscheidungen des Projektteams für die Vergabe der Landesmittel „Kommunen gegen Rechtsextremismus“ beteiligt werden kann.

Einstimmigkeit

16 Wünsche und Anregungen

Herr Dr. Kühn weist auf die Kindergartenplatz-Börse hin.